Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Neue Mitalieder in die Menschenrechtskommission gewählt

Anfang August 2015 ernannte das Parlament drei neue Mitglieder der maledivischen Menschenrechtskommission. Sie ersetzen die gegenwärtige Präsidentin, den Vizepräsidenten und ein weiteres Mitglied, deren Amtszeiten Ende August ausgelaufen sind. Der neu ernannte Präsident der Kommission ist Mitglied des Parlaments und hat in der jüngeren Vergangenheit mehrere Male die Partei gewechselt. Die beiden anderen sind Mitarbeiterinnen aus Ministerien. Das Parlament hat einem Kandidatenvorschlag des Staatspräsidenten nicht entsprochen, der der Korruption bezichtigt wird.

Gesetzesänderung zugunsten der Regierung

Am 12. August. 2015 setzte die Regierungskoalition im Majlis, dem Parlament, eine Gesetzesänderung gegen die Stimmen der Opposition durch. Von nun an können Gesetzesvorhaben, die Steuern oder Ausgaben betreffen, nur noch von der Regierung vorgelegt werden. Oppositionsparteien bemängeln, dieses Gesetz nehme ihnen das Recht, Gesetze zur Abstimmung ins Parlament einzubringen, da alle Gesetze haushaltswirksam seien. Die Opposition solle daran gehindert werden, die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung in Frage zu stellen.

Verurteilung von Mohamed Nasheed wird erneut geprüft

Am 12. August 2015 beantragte der Generalstaatsanwalt eine Verfahrensprüfung beim Obersten Gericht des Landes im Fall der Verurteilung des Ex-Regierungschefs und jetzigen Oppositionsführer Mohamed Nasheed zu 13 Jahren Haft. Das Verfahren war im In- und Ausland kritisiert worden. Mohamed Nasheed war im März 2015 verhaftet, im Juli 2015 verurteilt und unter Hausarrest gestellt und am 13. August 2015 unter Protest der UN, der USA und Großbritanniens ins Gefängnis gebracht worden. Wegen des Protests des Commonwealth of Nations behalten sich die Malediven nun den Austritt aus dem britischen Staatenverband vor. Verurteilt wurde der ehemalige Präsident wegen Terrorismus während seiner Präsidentschaft im Zusammenhang mit der Verhaftung eines Obersten Richters 2012. Nasheed hatte bereits vor dem Generalsstaatsanwalt auf sein Recht zur Verfahrensprüfung verzichtet. Die Verfahrensprüfung findet nun am 8. September 2015 wie vom Generalstaatsanwalt veranlasst statt. Prominente Anwältinnen streiten in dem Verfahren: Auf Seiten des Ex-Präsidenten Amal Clooney, George Clooneys Frau, und auf Seiten des gegenwärtigen Präsidenten Cherie Blair, Frau von Tony Blair.

Antrittsbesuch von Atul Keshap

Mitte August 2015 empfing die Regierung den neuen US-Botschafter für die Malediven und Sri Lanka, Atul Keshap, zu seinem Antrittsbesuch. Botschafter Keshap betonte, die USA wolle mit den Menschen und der Regierung der Malediven vor allem in Fragen der Einhaltung des Rechts und der Menschenrechte, im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus und bei den Auswirkungen des Klimawandels zusammenarbeiten.

Rechtsanwalt Mahfooz Saeed überleht schwere Kopfverletzung

Am 5. September 2015 wurde einem maledivisches Mitglied des Rechtsanwälte-Teams des Ex-Präsidenten, Rechtsanwalt Mahfooz Saeed, mit einem Tauchermesser in den Kopf gestochen. Er überlebte. Bis dato wurde niemand festgenommen, obwohl etwa 20 Personen Zeugen der Attacke waren und eine Überwachungskamera in unmittelbarer Nähe Aufnahmen machte. Klagen gegen Justiz und Polizei nehmen zu. 40 unaufgeklärte Morde und 54 Anzeigen beim Menschenrechtsrat wegen Folter und Misshandlungen durch die Polizei werden offenbar nicht verfolgt. Eine UNDP (United Nations Development Programme)-Grundlagenstudie über den Justiz- und Polizeisektor des Landes kam zu dem Ergebnis, dass 71 Prozent der Bevölkerung es vorziehen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, denn sie fürchten die Korruption bei Polizei und lustiz. Die Öffentlichkeit hält die Attacke auf den Rechtsanwalt für eindeutig politisch motiviert.

Landesweite Demonstrationen gegen die Inhaftierung von Mohamed Nasheed

Mohamed Shifaz, der Vizepräsident der MDP (Maledivian Democratic Party), der Partei des Ex-Präsidenten Nasheed, hat für den 11. September 2015 zu einer landesweiten Demonstration gegen die Inhaftierung des ehemaligen Präsidenten aufgerufen. Eine Rally am 28. August 2015 fand große Resonanz, führte aber nicht zu

politischen Veränderungen. In der Zwischenzeit gibt es deutliche Anzeichen für einen Bruch zwischen den Brüdern Gayoom. Maumoon Abdul ist 77 Jahre alt und ehemaliger, 30 Jahre lang autoritär herrschender Präsident - abgelöst von dem bekannten Umwelt- Präsidenten Mohamed Nasheed, der ihn bei den Wahlen 2007 besiegte und aktuell im Gefängnis sitzt. Der jüngere Bruder Abdulla Yameen Abdul Gayoom ist der gegenwärtige Amtsinhaber. Zur Vorbereitung seiner Kandidatur für das Präsidentenamt 2018 will er das Kandidatenalter auf 65 herabsetzen.

UN-Klimabericht macht Handlungsbedarf deutlich

Mitte Juli 2015 wurde der 5. Bericht des "Zwischenstaatlichen Panels der UN zu Fragen des Klimawandels" (UN-IPCC) veröffentlicht. Dieser prognostiziert weiterhin sich erwärmende Ozeane, zunehmende Versalzung der Meere und einen allgemeinen Anstieg des Meeresspiegels. Die Malediven haben Anfang August die Grundzüge ihrer nationalen Klimawandelpolitik der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie gehören zu den am tiefsten liegenden, Naturkatastrophen am stärksten ausgesetzten und im Verhältnis zu der geringen Landmasse mit ihren 320.000 Einwohnern bevölkerungsreichsten Ländern der Erde. Ein Zehnjahresplan soll den Auswirkungen des Klimawandels entgegenwirken. Die Strategien sollen helfen, eine nachhaltige Finanzierung der Entwicklung und Anpassung an den Klimawandel bei gleichzeitig geringen Emissionen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Landes sicherzustellen. Die Regierung will darüber hinaus eine Führungsrolle bei der Vertretung der vom Klimawandel besonders betroffenen Länder übernehmen, insbesondere auf der Klimakonferenz COP21 in Paris im Dezember 2015. Die Malediven führen zurzeit den Vorsitz der AOSIS (Alliance of Small Island States).

Suche nach Öl und Gas geht weiter

Das Umweltministerium der Malediven teilte Anfang August 2015 mit, der Minister sei von seiner Reise nach Hamburg zurückgekehrt. Dort hatte er die Ergebnisse der Studie des deutschen Forschungsschiffes "Sonne" über das Vorhandensein von Öl und Gas in den Malediven eingesehen. Die Studie bestätigt, dass Öl und Gas vorhanden ist, noch zu klären sei aber die Menge. Bisherige Studien in den 1970er-Jahren von Elf Aquitaine und Shell kamen zu dem Ergebnis, die Ausbeutung sei unökonomisch. Die Exploration von Öl und Gas gehören aber zu den fünf großen Investitionsplänen der gegenwärtigen Regierungen, daher solle weiter geforscht werden. Der Minister war nicht bereit, die Studie der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Recherchen von "Südasien" ergaben, dass das Forschungsschiff "Sonne" der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2014 unter anderem in den Malediven unterwegs war (Cruise 236). Für das geologische Institut der Universität Hamburg sollte im Rahmen ihrer paleozeanografischen Studien die Auswirkungen des Klimawandels auf die Evolution der Karbonatplattform erforscht werden, auf der die Atolle und Inseln der Malediven liegen. Im Forschungsbericht der "Sonne" ist von Öl nicht die Rede, von Gas durchaus, allerdings nicht in quantitativer Hinsicht und konzentriert auf Bereiche zwischen den Atollen nördlich von Malé. NRO hatten zuvor den Präsidenten gebeten, seine Pläne für Öl- und Gasexploration aufzugeben, da sie zu sehr im Widerspruch zur Klimawandelpolitik des Landes stünden. Zudem würde dadurch eine starke Belastung der maledivischen Umwelt und seiner Tourismuswirtschaft riskiert.

Ausländische Investoren dürfen künftig maledivisches Land erwerben

Laut Verfassung des Landes durften bisher Ausländer kein Eigentum an maledivischem Staatsgebiet erwerben, lediglich Pachtverträge bis zu 99 Jahre waren erlaubt. Am 23. Juli 2015 nahm das Parlament mit Zweidrittelmehrheit eine Änderung der Verfassung an. Investoren, die mindestens eine Milliarde US-Dollar investierten. sollen Eigentum an maledivischem Land erwerben können, wenn dieses zu 70 Prozent aus aufgeschüttetem Land besteht. Die Regierungskoalition hat 48 Sitze im Parlament, um eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen, sind 64 Sitze notwendig. Die Entscheidung wurde mit 70 Stimmen angenommen. Der Entscheidung waren intensive Verhandlungen mit der MDP (Maldives Democratic Party) vorangegangen, ohne die eine Zweidrittelmehrheit nicht zu schaffen gewesen wäre. In der Parlamentsdebatte wurde davor gewarnt, China eine Militärbasis im Indischen Ozean einzuräumen (im Gesetz ist unter anderem auch von "non-military logistic installations" die Rede) und auf diese Weise das militärische Gleichgewicht im Indischen Ozean zu stören. Das Gesetz ist offensichtlich auch vor dem Hintergrund sehr hoher Investitionszusagen Chinas zu sehen.

Sechs von acht Millenniums-Entwicklungszielen erreicht

Das Außenministerium der Malediven zeigte sich im August 2015 zufrieden mit der Tatsache, dass das Land alle bis auf zwei der Millenniumsentwicklungsziele erreicht hat. Nicht erreicht wurden die Ziele die umweltbezogene Nachhaltigkeit und die Geschlechtergleichheit betreffen. Man wolle sich nun auf die kommenden Nachhaltigkeitsziele konzentrieren, die im September vereinbart werden sollen.